

so stark individualistisch geprägten Menschen oft reiner zum Ausdruck kommt als in anderen.

Wiewohl die Kirche an der Erscheinung der Sekten nicht vorübergehen darf, so bleibt dem einzelnen Christen oft kein anderer Ausweg, den aufdringlichen Werbemethoden zu widerstehen, als ein energisches Vorübergehen oder Tür-zuschließen. Disputieren, sich in ein Gespräch mit Anhängern einer Sekte einlassen, ist meist sinnlos. Man ist ihrer Einseitigkeit immer unterlegen. Verachten aber sollte man diese Menschen nicht. Wer sich über sie lustig macht, zeigt nur, daß er die wahre christliche Hochachtung vor dem Gewissen des anderen nicht besitzt. Daß er vor allem das noch nicht hat, was das Kennzeichen der Jünger Christi ist: die Liebe.

Oskar Simmel S. J.

Zur amerikanischen Präsidentenwahl

Die Wahl eines neuen amerikanischen Präsidenten hat in unseren Tagen Bedeutung für alle Völker der Erde. Durch die politischen Ereignisse der neueren Zeit ist das Amt des Präsidenten zu einer Machtfülle gelangt, wie es in einem demokratisch und parlamentarisch regierten Staatswesen früher kaum denkbar gewesen wäre. Anschaulich hat der spanische Kulturphilosoph Ortega y Gasset die Stellung des amerikanischen Präsidenten mit dem kurzen Satz umschrieben: „Die Bürger der Vereinigten Staaten haben das Recht, alle vier Jahre ihren Tyrannen selbst zu wählen.“ Das ist durchaus nicht böse gemeint, sondern nur eine zugespitzte Formel für einen offenkundigen Tatbestand.

Selbstverständlich gibt es für den amerikanischen Präsidenten gesetzliche Machtbeschränkungen; denn der Kongreß wacht eifersüchtig über seine Rechte und kontrolliert laufend die Maßnahmen, die vom Weißen Hause ausgehen. Aber das politische Gewicht Amerikas ist heute bei allen Vorgängen in der Welt so überragend, daß die Stellung des Präsidenten notwendiger-

weise gewaltig an Einfluß zugenommen hat. Es ist die Kunst des Präsidenten und seiner Gehilfen, die Leitgedanken seines Handelns nicht bloß dem Kongreß, sondern dem ganzen Volk so klar zu machen, daß die Gesamtheit ihm schließlich Gefolgschaft leistet und seine Vorschläge billigt, auch wenn sie mit großen Opfern für die Bürger verbunden sind.

Namentlich die beiden Weltkriege haben die Macht des Präsidenten außerordentlich vermehrt. Die Folgen dieser Entwicklung sind besonders nach dem Kriegsende in ihrer ganzen Tragweite hervorgetreten. Was der zweite Roosevelt in Teheran (Dezember 1943) und Jalta (Februar 1945) in den Beratungen mit Stalin über die künftige Einteilung der Erde verabredet hat, und was Truman als Nachfolger Roosevelts in Fortführung von dessen Politik in Potsdam (Juli/August 1945) zugestanden hat, ist eine grundlegende Veränderung der Weltkarte, die ohne Befragung irgendeines Parlaments oder auch nur einer Regierung vorgenommen wurde.

Die Bedeutung dieser Vorgänge für die Weltlage und zumal für Europa hat auf dem Parteikonvent der Republikaner in Chicago General MacArthur am 7. Juli in seiner großen „Schlüsselrede“ (keynote address) klar hervorgehoben, als er die Sünden der demokratischen Partei geißelte. Mit einer selbst in amerikanischen Wahlkämpfen ungewöhnlichen Schärfe griff der General, in dem der tiefe Groll über seine plötzliche Abberufung als Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea noch nachzittert, die gesamte Politik der demokratischen Regierung in Europa und Asien an und lehnte selbst das erstrebte System der kollektiven Sicherheit als verfehlt ab. Unter dem stürmischen Beifall des Parteikonvents führte er aus: „Durch strategische Vereinbarungen mit Rußland am Ende des zweiten Weltkrieges haben wir die Sowjets praktisch dazu eingeladen, ganz Osteuropa mit ihren Streitkräften zu beherrschen. Freiwillig ha-

ben wir unsere Armeen aus Tausenden von Quadratkilometern schwer eroberten Landes zurückgezogen und so den sowjetischen Vormarsch ermöglicht, in dessen Verlauf die rote Fahne des Kommunismus in Berlin, Wien und Prag, den Hauptstädten der westlichen Zivilisation, aufgepflanzt wurde. Achlos haben wir in die wirksame Kontrolle über Gebiete mit großen Uranlagern eingewilligt, ohne die Rußland niemals seine Atomwaffe hätte entwickeln können. Törichterweise haben wir die sowjetische Einkreisung Berlins zugelassen und dadurch den tragisch-hohen Preis unvermeidlich gemacht, den wir zahlen mußten, um Nachschub und Verbindungswege zwischen unserer Besatzungszone und Berlin offenzuhalten. Wir haben politische Maßnahmen entwickelt, unterstützt und gutgeheißen, unter denen deutsche Industriewerke der Nachkriegs-Demontage und Zerstörung ausgeliefert wurden. Wir haben den Sowjets protestlos Hunderttausende deutscher Kriegsgefangenen als Sklavenarbeiter preisgegeben und damit jedes menschliche Gefühl und jede menschliche Tradition verletzt. Wir haben es versäumt, gegen das Hinschlachten der Blüte des polnischen Volkes Einspruch zu erheben. Und selbst nach Beendigung des Krieges haben wir damit fortgefahren, die Sowjets weiter mit Kriegsmaterial zu versorgen — trotz der klaren und unmißverständlichen Warnungszeichen von der künftigen sowjetischen Gefahr.“¹

Das Bedauern über die Fehler der Vergangenheit ändert nichts an der leidigen Tatsache, daß ihre Folgen von den Völkern der Erde getragen werden müssen. Das gilt zumal vom deutschen

Volk, das als Zankapfel zwischen Amerika und Rußland durch eine unheilvolle Spaltung in eine Ost- und Westzone zerrissen ist. Was aber im Hinblick auf die bevorstehende Präsidentenwahl besonders zu denken gibt, ist der Umstand, daß die bisherige Entwicklung ganz wesentlich durch die Auffassung und den Willen eines einzigen selbstherrlichen Mannes, nämlich des amerikanischen Präsidenten, bestimmt wurde. Gewiß war Roosevelt ein Meister der Innenpolitik, der durch geistsprühende Beredsamkeit seine Pläne dem amerikanischen Volk fast wie ein Diktator aufzudrängen verstand. Aber er war auf außenpolitischem Gebiet in Illusionen befangen; er kannte nicht die verwickelten, geschichtlich bedingten Verhältnisse Europas und glaubte in einer geradezu kindlichen Ahnungslosigkeit, Stalin, den „good old Joe“, durch „Charme“ und „Noblesse“ für die westliche Demokratie gewinnen zu können. Stalin aber nahm die ihm so vertrauensselig gemachten Zugeständnisse mit hoher Befriedigung an und beharrt bis heute unerbittlich auf der Einhaltung aller mit ihm geschlossenen Verträge, soweit sie seinen Zwecken günstig sind.

Es ist das unentrinnbare Los des Staatsmannes, daß er nicht beliebig von vorne neu beginnen kann, sondern jeder Schritt, den er tut, von den früher getanen Schritten abhängig ist. Von dieser Bindung befreit ihn auch nicht die klare Erkenntnis, daß die früheren Schritte verfehlt waren und sich auf unzutreffende Voraussetzungen stützten. Die Irrtümer und Belastungen der Vergangenheit bedingen für die Zukunft weiterhin eine Zwangsläufigkeit der zu fassenden Entschlüsse. Auch der amerikanische Präsident, mag er nun dieser oder jener Partei seine Wahl verdanken, kann sich dem Gebot der Stunde nicht entziehen und wird in vielem seinen Weg vorgezeichnet finden. Zwar lebt, wie auch der jetzige Wahlkampf wieder gezeigt hat, in der Seele der Amerikaner — bald mehr, bald weniger

¹ Dieser scharfen Kritik ist freilich aus Gründen der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit beizufügen, daß von einer entschlossenen Opposition der Republikaner in jenem Zeitpunkt nichts bekannt ist, als die Demokraten die gerügten verhängnisvollen Fehler begingen. Es ist nicht sonderlich schwer, einen verkehrten Weg als solchen zu erkennen, wenn man am Ende in eine Sackgasse geraten ist. Vgl. dazu auch diese Zeitschrift, Bd. 150 (Mai 1952), S. 82—85.

bewußt — ein Rest von Isolationismus, das Verlangen, daß Amerika sich auf seine eigenen Angelegenheiten beschränken und sich nicht durch Bündnisse oder Hilfsaktionen in die Politik anderer Länder verstricken lassen möge. Es ist wie ein stilles Heimweh nach der schöneren und lichtereren Vergangenheit, von der es einst hieß, daß es Amerika doch leichter habe als alle anderen Länder. Aber jene goldene und in der Erinnerung verklärte Zeit ist längst und unwiederbringlich verschwunden. Die Entwicklung ist schon zu weit fortgeschritten, als daß Regungen und Sehnsüchte des Gemüts für die nüchternen Pläne der verantwortlichen Staatsmänner noch in Frage kommen könnten. Schon das große Interesse, das sich jetzt überall der bevorstehenden Präsidentenwahl zuwendet, zeigt deutlich, wie sehr Amerika in alle Vorgänge der Weltpolitik unlöslich verwickelt ist. Die Verflechtungen und Verpflichtungen der amerikanischen Politik sind in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht so vielfältig, daß Amerikas Hand heute fast in jedem Teile der Erde fühlbar ist.

Während des Wahlkampfes werden naturgemäß mancherlei Gegensätze in der Beurteilung der Vergangenheit und in den Zielsetzungen für die Zukunft aufeinanderprallen und die übliche, auf den Stimmenfang berechnete Schwarzweißmalerei der Propaganda wird oft den Anschein erwecken, als wenn zwischen den beiden sich streitenden Parteien unüberbrückbare Abgründe klafften. Aber man wird gut tun, die starken, zornigen Worte hüben und drüben nicht allzu ernst zu nehmen. Wenn der Rauch des Schlachtfeldes verweht ist und die schmetternden Fanfaren verstummt sind, dann wird nach amerikanischem Brauch der unterlegene Kandidat dem Gewinner alles Gute für ihn und das amerikanische Volk wünschen und bald wird trotz der nachklingenden Erbitterung die praktische politische Tagesarbeit die führenden Politiker wieder zu gemeinsamer Beratung und zum

Ausgleich zwingen. Denn wenn auch nur eine Partei den Präsidenten stellen kann, so werden doch beide jetzt um die Vorherrschaft ringenden Parteien den Wahlkampf überleben und sowohl im Senat als im Repräsentantenhaus ihren Einfluß geltend machen. Die Amerikaner kennen die Opposition als Selbstzweck nicht. Und das Paradies oder den Idealstaat werden weder die Demokraten noch die Republikaner schaffen können.

Die Aufgaben, die dem künftigen Präsidenten gestellt sind, zeichnen sich in großen Umrissen klar und scharf ab. Innerhalb der politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten wird es seine erste, alles überragende Aufgabe sein, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden, weil die Folgen eines solchen Weltbrandes nicht auszudenken wären. Dazu wird es notwendig sein, durch Klugheit, Geduld und Festigkeit Sowjetrußland aus seiner absolut negierenden Haltung gegenüber der Westpolitik herauszuführen und, wenn dieser Versuch misslingen sollte, die noch freien Völker der Erde so zusammenzuschließen und zu stärken, daß der gewaltige Druck des von Rußland verbreiteten und gestützten Kommunismus von ihnen genommen wird. Die ungeheure Bedeutung der amerikanischen Präsidentenwahl für die im Anlauf befindliche Einigung Europas springt somit in die Augen. Ein zu friedlicher Zusammenarbeit und zur Abwehr der ihm drohenden Gefahren geeintes Europa wäre aber zugleich ein verheißendes Zeichen der Freiheit für alle versklavten Völker. Da aber Europa nicht gesunden kann, wenn sein Herzland zerspalten ist, so ergibt sich von selbst als eine weitere Aufgabe des neuen amerikanischen Präsidenten, zu einer Wiederherstellung der deutschen Einheit seine tatkräftige Hilfe zu leihen.

Es wird aber anderseits an den noch freien Völkern Europas liegen, aus der Beobachtung des amerikanischen Wahlkampfes endlich die Nutzenanwendung zu ziehen, daß sie auch selbst bereit und entschlossen sein müssen, aus eigenen

Kräften zur Verteidigung Europas beizutragen, und nicht alles Heil ausschließlich von Amerika erwarten dürfen. Keine der beiden Parteien Amerikas hat Interesse an einem müden, kranken, zank- und eifersüchtigen Europa, dem die Pflege seiner überkommenen „Erbfeindschaften“ und seiner sinnlos gewordenen Ressentiments wichtiger dünkt als die tatkräftige, großzügige Zusammenarbeit gegenüber der brutalen Bedrohung aus dem Osten.² Amerika sucht und braucht starke, zuverlässige Verbündete. Es ist kein Geheimnis, daß es in Europa nicht nur Europa, sondern auch sich selbst verteidigt.

Nach hartem Ringen innerhalb der eigenen Reihen haben die beiden großen Parteien als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 4. November ihre jeweils besten oder aussichtsreichsten Männer aufgestellt: General Eisenhower und Gouverneur Stevenson. Man versichert immer wieder, daß beide in den Grundlinien der Außenpolitik übereinstimmen, was ja auch deshalb glaubhaft klingt, weil der republikanische Kandidat in weitem Maß ausführendes

Organ der demokratischen Politik gewesen ist und aus eigener, langer Erfahrung genau die Verantwortung kennt, die sich aus der bisherigen demokratischen Regierung für die Weltmachtstellung Amerikas ergibt. Immerhin zeigt das Beispiel Roosevelts, wieviel von der Persönlichkeit des Präsidenten mit ihren Fähigkeiten und Grenzen abhängen kann. Auch in der heutigen Zeit, in der die sachlichen Anforderungen der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verhältnisse dem freien Spiel wenig Raum gestatten, behält doch das Wort, daß Männer die Geschichte machen, noch eine gewisse, freilich begrenzte Geltung. Zudem ist es jederzeit möglich, daß die Gegensätze in der Innenpolitik sich auch auf die Außenpolitik auswirken.

Die Entscheidung, wer im nächsten Januar ins Weiße Haus einzieht, liegt bei dem amerikanischen Volk, dem damit eine für die ganze Welt bedeutsame Verantwortung aufgebürdet ist. Es wäre unklug und unziemlich, wollten die anderen Völker durch aufdringlichen Rat oder leidenschaftliche Parteinahme den doch vergeblichen Versuch machen, die freie Entschließung der Wähler zu beeinflussen. Wenn es nach dem Wahlkampf dem Sieger in einer glücklichen Vereinigung von Weisheit und Kraft gelingt, die Schrecken eines dritten Weltkrieges abzuwehren und den gequälten, geängstigten Völkern einen dauerhaften Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit zu sichern, dann wird er zu den größten Wohltätern der Menschheit zählen.

Max Pribilla S. J.

² Es ist beachtenswert, daß auf dem republikanischen Parteikonvent (Rede vom 8. Juli) der frühere Präsident Herbert Hoover in schroffer Weise den europäischen Völkern jeden ernstesten Willen zur Verteidigung absprach, trotzdem sie genügende Kräfte dazu hätten. Es fehle ihnen der aufüttelnde Glaube an die Nähe und Größe der Gefahr, und sie würden von ihren Regierungen auf diese Gefahr nicht hinreichend aufmerksam gemacht.